

J. publ. G.

653

J. publ. G.
653

Reichsministerium
Bauwesen

<36608253450019

<36608253450019

Bayer. Staatsbibliothek

7. Publ. germ. 0583
Reichsunmittelbarkeit,
Reichsstandschaft,
Landeshoheit

in ihrem
genauen Rechtsverhältnisse
zum Reichsoberhaupte
mit Hinsicht
auf die künftige Integrität Deutschlands
dargestellt.

Germanien,
im Aprilmonat 1798.



Meiner Vaterlandsgeist beseelt mich, indem ich diese Ideen niederschreibe. Es giebt einen gemeinschaftlichen Punkt, worinn jetzt alle Deutsche zusammen treffen, sey's auch, daß sie übrigens in Rücksicht auf Denkungsart und Verhältnisse ganz verschieden wären.

Dieser Mittelpunkt ist der Wunsch daß dem teutschen Reiche für die Zukunft geholfen werden möge.

Als den Weg, der zu dieses Wunsches Erfüllung und zu dieser Absicht führt, sehen alle Unbefangengesinnte, sehen selbst Stände — nähere, reellere Anschließung der Glie-

der des Reichs an ihr gemeinschaftliches Oberhaupt — an. Daß dieser Weg der einzige wahre zum Ziele führende Weg seye — hiervon bin ich felsenfest überzeugt. Es ist nur die Frage diese: Wie und auf welche Art diese Anschließung zu bewerkstelligen seyn möchte? Das Resultat meines Nachdenkens über dieses Problem konzentriert sich auf den Satz:

daß wenn der Reichsunmittelbare, der Reichsstand, der teutsche Landesherr das ist und leistet, was er nach der Natur und den positiven Bestimmungen der Reichsunmittelbarkeit, Reichsstandschafft und Landeshoheit seyn und leisten soll, Anschließung der Glieder des Reichs an das Reichsoberhaupt nothwendig und unzertrennt damit vorhanden ist, indem der Geist dieser natürlichen und positiven Bestimmungen immerdar auf jene Anschließung und Hingebung hinführt, folglich durch ihre Anwendung und Befolgung das Reich gegen alle künftige Integritäts - Angriffe von innen und außen

außen gesichert, und mithin jene nähere Anschließung nicht blos eine von der Politik gebotene, sondern eine rechtliche in den alten und neuen Gesetzen gegründete Nothwendigkeit — und genau betrachtet — eine Wiederkehr zur Pflicht, eine Wiederannäherung zu der alten, einfachen Verfassung ist.

Um diesen Satz mit der erforderlichen Evidenz auszuführen, war es meiner Ueberszeugung nach am zweckmäßigsten, die Natur und das Wesen der Reichsunmittelbarkeit, Reichsstandschafft und Landeshoheit vermittelst der Abstraktion zu analysiren, und aus der Analise allgemeine Grundprinzipien zu ziehen, sodann aber auch die positiven Bestimmungen jener drei staatsrechtlichen Verhältnisse aufzusuchen, und ihre Harmonie mit den natürlichen Bestimmungen darzustellen und endlich aus diesem zusammengenommen die daraus sich ergebende Schlussfolgerung meines Satzes zu ziehen.

So sehr ich im übrigen auf der einen Seite meine Unvermögenheit zu einer fehlerfreien Arbeit fühle, so sehr fühle ich auf der andern Seite als ein Teutscher, der jeden Augenblick Gut und Blut für sein und des gesammten Reiches Oberhaupt zu lassen willig ist, die Vortheile, die in den jetzigen thatenleeren Tagen Teutschlands aus einer nähern Beherzigung dieser Ideen für die Zukunft fließen könnten.

Und dieß vorausgeschickt — — zur Sache!

E i n l e i t u n g.

Reichsunmittelbarkeit, Reichsstandschaft und Landeshoheit sind in unsrer deutschen Staatsverfassung die drei wichtigen Punkte, um welche sich das Reichs-Staatsrecht — in so ferne von dem öffentlichen Verhältnisse der Reichsglieder zu ihrem Oberhaupte die Rede ist — herumdreht, und die in ihrem Verhältnisse zu der dem Kaiser zustehenden Reichs-, Staatsmajestät ihren Centralpunkt haben. Sie sind diejenigen das Reichs-Staatssystem bildende feste Theile, aus deren Zusammensetzung das ganze Verhältniß der unmittelbaren Reichsbürgerschaft zu dem Inhaber der obersten Reichsstaatsgewalt, zu dem Reichsoberhaupt besteht.

Die Rechtsbestimmungen dieser Reichsunmittelbarkeit, Reichsstandschaft und Landeshoheit fließen eines theils schon aus der Natur dieser Verhältnisse selbst, und sind in sofern natürliche, anderntheils beruhen dieselbe auf der individuellen Grundgesetzgebung des deutschen Staatskörpers, wo sie dann unter die Kategorie der deutschen positiven Normen gehören.

Die Geschichte des deutschen Reiches, besonders der Rückblick auf die neuesten Schicksale desselben beim zu Endegehn des 18ten Jahrhunderts,

derts, muß einen jeden unbefangenen Seher belehren, daß jene Rechtsbestimmungen nicht in der Maaße beobachtet wurden, als sie hätten beobachtet werden sollen, daß manche derselben von Seiten derer, die sie betreffen, aus falschen und irrigen Gesichtspunkten betrachtet wurden, und daß in dieser mangelhaften Beobachtung und irrigen Betrachtung der wahre Grund von dem über Teutschland hängenden schweren Wetter, von der Erschlaffung der festen Bande, welche die Glieder an das Oberhaupt binden sollten, und von allem dem liegt, was ich hier nicht ausdrücken mag, und was so mancher Reichsstand nun wol selbst am besten fühlen wird, und vielleicht nur zu spät fühlt.

Die Erinnerung an diese Rechtsbestimmungen, ihre Berichtigung und eine hieraus gezogene Darstellung des Nutzens einer künftigen treuen und gewissenhaften Befolgung könnte meiner Ueberzeugung nach heitre Aufsichten in die Zukunft öffnen, und in so fern möchte auch, von dieser Seite betrachtet, die Bearbeitung dieses Stoffs wohl nicht für ganz unerheblich und unbehrlich zu halten seyn.

Ich handle also zuerst von den Haupt-Rechtsbestimmungen der Reichsunmittelbarkeit, dann von denen der Reichsstandschaft und endlich von denen der Landeshoheit.

Erster Abschnitt.

Reichsunmittelbarkeit.

Was ist Reichsunmittelbarkeit ihrem wahren Begriffe nach? Diese Frage hat ihre Beziehung auf die eigenthümliche Verfassung Deutschlands als eines zusammengesetzten Staates, nach welcher das Reich nicht sowohl Unterthanen einfacher Art und bloße Genossenschaften als vielmehr ganze Staaten zu integrierenden Bestandtheilen hat, und daher in viele kleine Bezirke zerstückelt ist, deren jeder ein der gemeinschaftlichen Reichsverbinding subordinirtes förmliches bürgerliches System ausmacht. Nach dem System des Reichs, Staatsrecht ist daher Reichsunmittelbarkeit die bürgerliche Abhängigkeit eines Reichsgliedes von niemand als dem Reichsoberhaupt, dessen Gerichtbarkeit, Hoheit und Reichsstaatsregierung. Reichsunmittelbar ist demnach derjenige, welcher, ohne von einer bürgerlichen Mittelgewalt im Reiche abzuhängen, unmittelbar und einzig und allein der in den Händen des Reichsoberhauptes befindlichen Reichshoheit unterworfen ist. Ich sage: unterworfen ist, und deute damit auf das Unterthänigkeitsverhältniß, in welchem jeder Reichsunmittelbare zum Reichsober-

oberhaupt steht. Reichsunmittelbarkeit ist unmittelbare Reichsunterthänigkeit, und jeder Unmittelbare, weß Stands und Würde der sey, vom angesehensten Kurfürsten bis zum Bürgermeister der geringsten Reichsstadt herunter, — ist als ein an dem Systeme des Reichs theilnehmender Staatsbürger — Unterthan des Kaisers (als des Reichsoberhauptes,) steht unter dessen Reichsoberhauptlicher Gewalt, und gehört folglich unter die sämtliche Reichsunterthanschaft. Dieser Satz ist im theoretischen Systeme zu fest gegründet, als daß ihn die Anfälle der Verfechter von Reichsständischen Präeminenzen zu erschüttern und aus seiner Grundsfeste herauszuheben vermögend wären.

Mögen sie immerhin gegen mich auftreten, und wegen meiner uneingeschränkten Ausdehnung des Unterthänigkeitsverhältnisses auf alle und jede Reichsunmittelbare mich eines gefährlichen Irrthums um deswillen beschuldigen, weil Kurfürsten und Fürsten in der Sprache des Reichstils nicht so benannt werden, auch keine eigentliche Reichshuldigung ablegen. Mich kann dieses nimmermehr wankend machen, nimmermehr zum Weichen bringen. Hier sind meine Gründe!

Nach den ersten Prinzipien und Grundregeln des Staatsrechts ist kein Staatsbürger, der nicht selbst die Staatshoheit inne hat, *) er mag übrigens

*) Man beschuldige mich hier keiner petitionis principii!

gens nach der Beschaffenheit seines Standes von noch so hoher bürgerlicher Würde seyn, von dem staatsbürgerlichen Gehorsam, d. h. von der Unterthänigkeit exempt.

Wenn auch dieser bürgerliche Gehorsam hier weniger in sich begreift, als in einem andern Staate, wo der Umfang der Staatsgewalt größer ist und der Regent davon einen weniger eingeschränkten Gebrauch hat, so ist doch dieser bürgerliche Gehorsam in seiner Wesenheit immer so lange vorhanden, als der Staat — Staat ist. Denn mit Errichtung des Staats wird die Existenz einer Staatsgewalt, und deren Korrelat — die Unterthänigkeit begründet. Diese beiden Hauptspringfedern in der Staatsmaschine treiben das ganze Räderwerk des Staates, und wenn diese zu seyn aufhören, dann ist kein Staat mehr da, der Staat ist entweder aufgehoben, oder er ist zertrümmert, oder er ist in eine andere Gesellschaft umgestaltet worden.

Reichshuldigung ist zwar bei den Fürsten des Reichs nicht in Übung. Aber die Ursache hiervon liegt einzig darin, weil sie in den ältesten Zeiten Deutschlands gleich nach der Entstehung des Reichsstaats von einer andern damals herrschenden Verpflichtungsart gegen das Reichsoberhaupt,
ich

pil! — Weiter unten am gehörigen Orte werde ich zeigen, daß Standschaft ihrer Natur nach nur Einschränkung, nicht Inhabung der Staatsgewalt ist.

ich meine von der Lebensverpflichtung, verdrungen wurde.

Da die letztere eine so genaue Personalverbindung war, so konnte man bei den damaligen Zeiten eine nebenherige Reichshuldigung für um so entbehrlicher halten als der Hauptendzweck ohnedem nur auf Schutz und Sicherheit des Eigenthums gieng. Dem sey aber, wie ihm wolle, so hebt auf jeden Fall der bloße Umstand, daß diese Reichshuldigung bei den Fürsten nicht im Gange ist, die Reichsunterthänigkeit derselben nicht auf. Huldigung ist in einem Staate, wo die Regierungsfolge überhaupt einmal bestimmt ist, ein außerwesentlicher Regiminal-Akt, durch dessen Unterlassung in einem solchen Staate, sobald einmal der rechtmäßige Nachfolger den Thron besteigt, das Recht zur obersten Gewalt nicht verloren geht, und der bürgerliche Gehorsam ist daher seinem essentiellen Verhältnisse nach nicht im mindesten von dieser Ceremonie abhängig.

Alles das zusammen genommen frage ich nun jeden Unbefangenen, ob es Wahrheit oder aber Irrthum sey, wenn ich behaupte, daß Reichsunmittelbarkeit in rechtlicher Hinsicht nichts anderes, als unmittelbare Reichsunthätigkeit ist? Ich verweile daher nicht länger hiebei, und bemerke nur noch, daß auch unsere Reichsgesetze diesen paraphrasirenden Ausdruck vollkommen rechtfertigen, indem im R. A. von 1495. Eingang und §. 10. und im R. A. von

1530. §. 76. deutlich gesagt wird, daß außer dem Kaiser alle übrigen Reichsbürger (folglich auch die mächtigsten und angesehensten Reichsunmittelbaren nicht ausgenommen) desselben Unterthanen seyen.

Aus dieser einzig wahren und festen Bestimmung des Begriffs von Reichsunmittelbarkeit ziehe ich nun die nachstehende, wichtige, als allgemeine Prinzipien zu betrachtende Konsektarien über Reichsunmittelbarkeit als unmittelbares Unterthänigkeitsverhältniß zum Reichsoberhaupt.

- I. Jeder Reichsunmittelbare steht als solcher für seine Person und in Ansehung seiner Reichsgesitzungen unter den Reichsgesetzen.

Als Reichsunterthanen sind die Reichsunmittelbaren der in den Händen des Reichsoberhauptes befindlichen Reichshoheit unterworfen, folglich auch den Gesetzen des Reichsstaats, unter dessen öffentlicher Gewalt sie stehen, Gehorsam schuldig. Dieß fließt nothwendig aus dem Unterthänigkeitsbegriffe. Es ist daher sehr irrig, wenn man in Ansehung dieses Satzes einem theoretischen Unterschiede zwischen den Unmittelbaren Reichsunterthanen und zwischen allen übrigen Unterthanen auf unsrer Hemisphäre Statt geben will. Denn wenn gleich erstern eines hohen Grades von politischer Freiheit sich zu erfreuen haben, und die meisten derselben ganze Reichslandschaften als mit eigenthümlicher Hoheit besessene Staaten besitzen, überhaupt in dem Reiche, als

als einer eingeschränkten Wahlmonarchie sehr viele Vorrechte sich beilegen können, so hebt dieß alles weder die Fundamental Staatsform des Reichs, noch die daraus fließende Staatshoheit des Reichs, überhaupt, und das demselben gegenüber stehende Unterthänigkeitsverhältniß auf; und es liegt daher weder in dem hohen Grade von politischer Freiheit, noch in dem Eigenthume ganzer Hoheitsbezirke, noch auch in der Reichswahlfolge ein vernünftiger Grund, warum ein Reichsunmittelbarer von der Schuldigkeit des Gehorsams gegen die Reichsgesetze exempt seyn sollte. Auch beweisen die ältern und neuern Reichsgesetze deutlich, daß sie allezeit in Beziehung auf alle Reichsunterthanen abgefaßt werden.

So sagt — um nur ein einziges Beispiel anzuführen, der L. K. v. J. 1548 V. 2. „Wir befahlen auch allen und jeden Kurfürsten, Fürsten, „Geistlichen und weltlichen Prälaten, Grafen, Herren, Ritterschaft und Städten und allen andern „unsern und des Reichs Unterthanen und lieben „Getreuen, ernstlich gebietend, bei den Pflichten, „Eiden und Gehorsam, so sie uns und dem heil. „Reich — zu thun schuldig sind — bei Verlierung „aller und jeglicher Freiheit und Recht, so ihrer „jeder von uns und dem heil. Reich hat, daß sie „solchen Frieden mit Ernst und treuem Fleiß halten, — und — straks ohn Einred nachkommen.“

Und diese allgemeine Verbindlichkeit der
Reichs

Reichsgesetze für Unmittelbare finden wir in allen R. U. auf diese Art ausgedrückt.

II. Alle Reichsunmittelbare stehen als solche sowohl in bürgerlichen als peinlichen sie betreffenden Rechtsfällen unter des Reichsoberhaupt's Oberstrichterlichen Gewalt, so wie schon nach allgemeinen Staats Rechts Prinzipien der Unterthan in allen streitigen Rechtsfällen, in welche er mit seinem Mitunterthanen verwickelt wird, unter der Jurisdiktion des Staatsregenten steht.

Ich ziehe hieraus 3 wichtige Folgerungen.

1) Der Reichsunmittelbare hat außer dem Fall der Nothwehr, oder der erlaubten Selbsthilfe, vor den von dem Kaiser angeordneten Reichstribunalen mittelst einer von diesen vorzunehmenden rechtlichen Aburteilung Recht zu geben und Recht zu nehmen, muß sich mithin aller eignen Satisfaction und Rechtsveranschaffung schlechterdings enthalten. Diese in der bürgerlichen Ordnung gegründete Wahrheit sehen wir in Betreff des teutschen Reiches ausdrücklich im I P. O. Art. 17. §. 7. mit den Worten bestätigt: „*nulli omnino Statuum Imperii licet, jus suum vi vel armis persequi, sed si quid controversiae inciderit, unusquisque jure experietur, secus faciens reus sit fractae pacis.*“ Unter dem Wort: „*Statuum Imperii,*“ sind sehr deutlichen die mächtigen und angesehenen Reichsunmittel-

mittelbaren begriffen, indem die Nichtständischen ihrer Schwäche wegen ohnedieß keine Fähigkeit zu gewaltsamen Unternehmungen haben, und daher nicht nothwendig hier mit benannt werden mußten. Doch sehe man in Ansehung dieser L. F. v. 1495. 1521. u. 1548.

2) Diesen Gerichtsstand vor den Kaiserlichen Reichstribunalen hat der Reichsunmittelbare auch dann, wenn er auf dem Territorium eines andern Reichsunmittelbaren bürgerliche Verbrechen verübt. Landesherrliche Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen eines Reichsunmittelbaren kann hier nach dem Systeme des Reichsrechts unmöglich statt haben, dann Reichsunmittelbarkeit involvirt ihrem Grundbegriffe nach Unabhängigkeit von aller Territorialgerichtsbarkeit; mit ihr steht passive Territorialjurisdiktion im offenbarsten Widerspruche. Unsere Positive Gesetzgebung weist auch deutlich auf diesen Satz hin, indem die R. G. D. P. II. Tit. 27. Die Reichsgerichtliche Jurisdiktion über alle und jede Reichsunmittelbare in einzig nächster Instanz zur Regel annimmt und festgesetzt, und von einer Ausnahme bei einem auf fremden Territorium begangenen Verbrechen nirgends Erwähnung thut.

Man wende mir nicht ein, daß dieser Satz der Reichsunmittelbarkeit die Richtung zu einer gänzlich zügellosen Unabhängigkeit gebe! Nein! der Oberherr des Ortes, wo von einem Reichsunmittelbaren strafbare Gewaltthätigkeiten und Verbrechen begann

Begangen werden, ist vollkommen befugt, den Verbrecher zu ergreifen und handfest zu machen; nur darf er nicht Richter und Rächer seyn, er muß ihn dem Kaiser überantworten; welchem einzig und allein Kriminalgerichtsbarkeit und Strafgewalt über die Reichsunmittelbaren — der Verfassung nach zu steht.

3. Jeder Reichsunmittelbare muß der über ihn ergangenen rechtskräftig gewordenen Reichsgerichtlichen Sentenz nachleben. — Ueber diesen Satz aber einen Beweis aus der Natur der Sache und den Gesetzen zu führen, halte ich für eine unverzeihliche Zeitverderbniß.

Es sind dieß nun bekannte Wahrheiten, aber demungeachtet sahen wir bisher, wie so mancher vom Usurpationsgeist unsrer Zeit hingerißener Reichsunmittelbarer seine Unmittelbarkeit, d. h. seine Reichsunterthänigkeit und die daraus entspringende Pflicht, in Streitigkeiten mit seinem Mitbürger den reichsgerichtlichen Weg einzuschlagen, hintansetzte, und eigenmächtige Beeinträchtigungen, strafbare Landfriedensbrüche, Trotz und Ungehorsam gegen Reichsrichterliche Aussprüche frevelnd sich erlaubte.

Wol schwerlich bedarf es hier eines detaillirten Belegs mit Thatsachen, mit wirklichen Verletzungen des vornehmsten und wichtigsten Grundgesetzes der bürgerlichen Ordnung, und mit bekannten

B

Opfern,

Opfern, die der Schwächere dem Stärkeren um des willen darbringen mußte, weil dieser aus Herrsch- und Vergrößerungssucht der Geseze spottete. 20 Dinge, wie diese, müßen Deutschlands Integrität immer mehr erschüttern und zuletzt zu Grunde richten; so wie hingegen einmüßige, in der Natur der Reichsunmittelbarkeit liegende Unterwerfung der Unmittelbaren unter die Oberstrichterliche Gewalt des Kaisers und unter die Aussprüche der denselben vertretenden Reichsgerichte die Festigkeit und Selbstständigkeit der Verfassung um einen merklichen Grad erhöhen muß.

Und da es den Gesezen, namentlich der Exekutionsordnung gemäß ist, diejenige mit Nationalmacht in den Schranken des bürgerlichen Gehorsams zu erhalten, welche vergessen, daß sie Reichsunmittelbare, d. h. an dem bürgerlichen Systeme des Reichs unmittelbar theilnehmende Staatsglieder sind, und eben darum den Reichsgerichtlichen Entscheidungen nachkommen müßen, so wird eine gemeinschaftliche Befolgung dieses die Nationalmacht aufrufenden Gesezes, auf den Trümmern des einzelnen Anarchisten den Weg zu jenem großen Ziele künftiger Integrität — uns bahnen. —

III. Kein Reichsunmittelbarer kann sich, wenn von Verhältnissen des gesamten Reiches gegen Auswärtige d. h. von auswärtigen Reichsstaatsangelegenheiten die Rede ist, auf irgend eine — sey es nun direkte oder indirekte — Weise

Welse von dem Reichsoberhaupt und den übrigen Reichsgliedern trennen.

Auch dieser Satz fließt aus dem Begriffe von Staatsbürgerschaft und Staatsunterthänigkeit, in welchen die Reichsunmittelbarkeit sich auflöst. Jeder Reichsunmittelbare steht im Staatsverbande, ist also keineswegs unabhängig, und kann in Sachen, wobei der gesamte Reichsstaat auf irgend eine Art interessiert ist, nicht einseitig für sich zu Werke gehen, sondern muß sich vielmehr in allen solchen Angelegenheiten, die ein Verhältniß des gesamten Staates gegen andere betreffen, der gesetzlichen Mitwirkung unterziehen.

Reichssicherheit und gemeine Reichsstaatswohl-
fahrt, — dieser große Zweck jeder Staatsgesellschaft,
— ist die eigentliche Absicht des Reichsstaatsver-
bandes, und Integrität des Reichs kann daher nicht
anderst erhalten werden, als in der unzertrennten
Vereinigung sämtlicher Reichsglieder und ihrer
Kräfte unter dem allgemeinen Oberhaupt und
dessen Oberhauptlicher Direktion gegen alle und jede
inn- und auswärtige Feinde, und alle Vergewalti-
gungen des ganzen Reichsstaats. Wenn aber auch
nur ein einzelner Reichsunmittelbarer angegriffen
wird, so ist hiedurch der ganze Reichsstaatskör-
per angegriffen, und der gemeinsame Reichsver-
band, in welchem jeder Unmittelbare, als solcher,
steht, bringt es alsdann mit sich, daß dem ange-
griffenen von gesamten Reichs wegen, kräftiger

Weistand geleistet werde. S. J. Reichs Abschied
§. 178.

Eigenmächtige Trennung vom Reichsverbande, Unterlassung der dem Reichsbürgerrechte gegenüberstehenden Reichsbürger-Pflicht, und Entziehung des schuldigen Beitrags zur gemeinschaftlichen Reichsverteidigung im Falle einer das Reich betreffenden Beleidigung und nicht erfolgenden Genugthuung, oder im Falle einer die Integrität und Existenz des Reichsstaats bedrohenden Gefahr — steht daher mit dem Wesen, Begriff und der Natur der Reichsunmittelbarkeit eben so sehr im Widerspruche, als A nicht zugleich A und non A seyn kann, und ist auch den positiven Bestimmungen der Reichsunmittelbarkeit schnurstraks entgegen. Der R. U. v. 1471. N. 2. §. 23. sqq. R. U. v. 1498. §. 58. und R. U. v. 1500 §. 23 — 49. verpflichten zu gemeinschaftlicher Reichshilfe alle und jede Bürger und Unterthanen des teutschen Reichs, ohne Unterschied des Standes, der Würde, des Berufes, der Mittel, und Unmittelbarkeit.

Unwiederstehlich werde ich daher durch die Geschichte der neuern Zeiten auf die weitere spezielle Folgerung geführt, daß kein Reichsunmittelbarer, nachdem einmal ein Reichskrieg im legalen Wege der Konstitution erklärt ist, Separatkonventionen, Separatwaffenstillstände, Separatfrieden und Neutralitätsverabredungen mit dem Reichsfeinde eingehen kann, ohne die Pflicht, die auf seiner Un-

Unmittelbarkeit haftet, gröblich zu verletzen, und der Reichsstaatsverfassung einen unverantwortlichen Stoß zu geben. Es fließt dieß schon aus der Theilnahme am bürgerlichen Systeme des Reichs an und für sich selbst, weil kein Staatsbürger sich von der vom Staate für nothwendig erklärten Staatsbülfe, sie mag in Mannschaft oder in Geld bestehen, freimachen kann, wie dann auch gewiß kein Reichsunmittelbarer bei seinem Territorialkriege mit einem Auswärtigen es für rechtmäßig halten würde, wenn eine seiner Landstädte, oder gar eine Parchie der Landstände sich den Einfall begeben ließe, mit dem Feinde eine Separatneutralität einzugehen.

Sodann aber spricht auch die positive Reichsgesetzgebung sehr deutlich und bestimmt gegen solche inkonstitutionelle, einem teutschen Reichsbürger nicht ziemende, dem Reichsinteresse zuwiderlaufende Trennungen vom Reichsverbande. Man lese den §. 86. und 87. des R. A. v. 1645 *). und man wird von der Wahrheit dieser Behauptung satzsam überzeugt werden. Ich setze diese Stelle absichtlich hieher, weil ich sie noch in keinem publizistischen Lehrbuche oder Commentar angemerkt gefunden habe, und sie mir daher von keinem Staatsrechtse

*) Die etwaige Einwendung, daß dieser R. A. von Kaiserlicher Gewalt dictirt worden sey, ist sehr ungegründet. Denn zur Zeit dieses Reichstags war R. Ferdinand II. mit allen Reichsständen, bis auf sehr wenige, ausgesöhnt.

rechtslehrer am allerwenigsten aber von jenem be-
 tigen Vertheidiger der Separatfrieden, beherzigt
 zu seyn scheint.

„Und demnach — sind die Worte — die von
 „etlichen Ständen vor sich selbst angemachte Neu-
 „tralität dem Röm. Reich sehr schädlich, den
 „Feinden desselben aber zu Continuirung des Kriegs
 „über die Maßen behülflich und vortrüglic, zu-
 „mal ein jeder Kurfürst und Stand vermög
 „des Landfriedens, auch dessen Handhabung
 „und darauf fundirten Exekutionsordnung, wie
 „auch andern Reichskonstitutionen das heil. R.
 „Reich sowohl vor auswärtig als innwendigen
 „Feinden mit und beneben uns aller Möglichkeit
 „nach beschützen und defendiren zu helfen,
 „auch die dazu nothwendige Mittel pro quota bei-
 „zutragen schuldig und verbunden ist, und um
 „deswillen Kurfürsten und Ständ, auch der
 „Abwesenden Räch, Botschafter und Gesandte
 „vor hochnothwendig ermeßen, daß derglei-
 „chen angemachte Neutralitäten expresse tagirt,
 „abgeschafft, und künftighin verboten werden,
 „und solches umb so viel mehrers, alldieweil
 „in den Reichsverfassungen nicht zu finden, daß
 „einigem Stand, aus was für Ursachen, Ehr-
 „haften und Noth dasselb auch seyn möchte,
 „zugelassen worden, in allgemeiner Noth und
 „Gefahr des Vaterlandes von dem andern sich
 „abzuseondern; — als setzen ordnen und wol-
 „len wir, daß — — hinführo einiger Stand
 „des

„des Reichs, wer der auch seye, ohne unsre
„Vorwissen und Genehmhaltung sich in derglei-
„chen hochschädliche Neutralität nicht einlassen
„solle.“

Auch in dem Reichsgutachten vom 26. Febr.
Febr. 1734: (mithin in einem lediglich von den
Ständen — ohne des Kaisers Zuthun — erklä-
ten Wunsch und Willen) heißt es: „nach Inhalt
„des R. G. U. vom 4. Febr. 1689. beschlossen,
„daß keine Neutralität unter was Prätext
„und Vorwand es auch immer seyn könnte,
„zu gestatten sey. f. G. der R. R. U. P. IV. G. 405.

Mit unumstößlicher Evidenz glaube ich sol-
chemnach dargethan zu haben, daß alle direkte und
indirekte Separationen vom Reichsoberhaupt in
gemeinsamen Reichsangelegenheiten konstitutions-
widrige mit der Reichsunmittelbarkeit im Wiede-
streit stehende Handlungen sind, welche in unsern
neuern Zeiten eine um so größere Abndung verdie-
nen, als das Reichsoberhaupt mit so erhabenem
Beispiele vorangien, und für die verbandmäßige
Vertheidigung des Reichs mit Nichtanwendung
seiner ihm als Reichsstand zustehenden bekannten
Exemptionsprivilegien alle seine Staatskräfte auf-
bot, alle seine Hilfsquellen erschöpfte, selbst da noch
erschöpfte, wo es sich beinahe von allen Reichsun-
mittelbaren Ständen verlassen sahe *).

Daß

*) Der Kaiser hat als Kaiser im ganzen Reiche, nicht
einen

Daß nun aber aus diesen Verletzungen der rechtlichen Bestimmungen der Reichsunmittelbarkeit die allernachtheiligsten Folgen für das Ansehn und die Integrität des Reiches entspringen, dieß werde ich wohl nicht erst darthun dürfen. Die Geschichte unsrer Tage, das Aggregat so vieler Begebenheiten bestätigt diese Wahrheit, leider! nur zu sehr. Aber eben darum kann man es für die Zukunft nie genugsam wiederholen, daß alle eigenmächtige Trennungen vom Reichsverbande, alle Unterlassungen thätiger Mitwirkung bei gemeinen Reichsnöthen, mit der Natur der Reichsunmittelbarkeit, mit den aus derselben fließenden Pflichten, mit Konstitution und positiver Reichsgesetzgebung im unverkennbaren Widerstreit stehen.

Rekapituliren wir nun alles in diesem Abschnitt vorgetragene, so ergeben sich daraus folgende ins Kurze gezogene Schlusssätze. Reichsunmittelbarkeit involvirt den Begriff von Unterthänigkeit. Sie besteht in Unterwürfigkeit unter die Reichsgesetze, in unmittelbarer Abhängigkeit von den Reichs-
 tere

einen Fuß breit Landeigenthum als Domaine. Nirgends ist mehr eine kaiserliche Domäne, woraus des Kaisers Aufwand und Unterhalt bestritten würde. Seine Reichsoberhauptliche Würde ist eine sterile Würde. Und dennoch fochten und fielen Ungarn und Böhmen am Rheine für — Deutschlands Rettung! Und dennoch fochten und fielen sie, nachdem das Oberhaupt längst quitt gewesen wäre! —

terstüben und deren Aussprüchen, und in der unmittelbaren aktiven und passiven Theilnahme an dem gemeinschaftlichen Reichsstaatsverbande. Sie ist daher solchemnach weder Independenz vom Reichs- oberhaupt, noch Gesetzlosigkeit, Rechtslosigkeit, und Exemption vom Reichsstaatsysteme; es sey nun der Reichsunmittelbare groß oder klein, mächtig oder unmächtig, Kurfürst oder Fürst, Graf oder Reichsritter, Reichsstadt oder Reichsdorf.

Rechtlich und nicht nur politisch ist mithin die Nothwendigkeit, daß alle Reichsunmittelbare durch feste Anschließung an ihren gemeinschaftlichen Oberherrn mit diesem ein unzertrennliches, untheilbares und durch Einheit charakterisirtes Ganzes bilden. Das ist gewiß. — Daß teutsche Staatswohl- farth, teutsche Kraft und Ennegie durch Erfüllung dieser rechtlichen Forderung zunehmen, und die alte teutsche Unüberwindlichkeit wieder aufleben wird, das ist eben so gewiß.

Ich gehe weiter. —

Zwei

Zweiter Abschnitt.

Reichsständschaft.

Es giebt sowohl im Reiche der morallischen Möglichkeit als auch der Wirklichkeit Staaten, die eine uneingeschränkte Regierung haben, wo nemlich der Oberherr und Regent in Führung der vor die ihm anvertraute Staatsgewalt gehörigen Geschäfte ganz frei und unabhängig, und an keine decisive Beziehung eines Staatsbürgerausschusses gebunden ist *).

Es giebt aber auch Staaten, wo das Gegentheil statt hat, und der Beherrscher bei Leitung dieser oder jener Staatsangelegenheiten vermöge eines Fundamentalgesetzes oder Fundamentalbittens ohne vorherige Decisionsbeziehung eines Staatsbürgerausschusses nichts gültiges vornehmen kann.

Staat

*) Solche Staaten unbedingt für rechtlich und politisch fehlerhaft halten zu wollen, ist sehr unrichtig. Denn es kommt hier ganz auf den der Staatsgesellschaft zum Grunde liegenden Urvertrag an, ob eine solche Beziehung statt haben solle oder nicht. Und dann lehrt alte und neue Erfahrung, daß dieses Recht der ständischen Beirathung oft manches gute verhindern kann, und schon verhindert hat.

Staaten der letztern Art charakterisiren sich diesem nach durch ihre eingeschränkttere Regierungsform, d. h. durch die Einschränkung des Regiminalsaches, und diese Einschränkung welche durch den erforderlichen Beitritt gewisser die gesammte Unterthanschaft vertretenden Staatsbürger mittelst gemeinschaftlicher Berathschlagung und Besprechung sich äußert, wird in dem teutschen Sprachgebrauche mit dem Namen Standschaft bezeichnet.

Standschaft ist daher solchemnach ein die Beschränkung der vom Regenten auszuübenden öffentlichen Gewalt zum Gegenstand habendes Recht eines Staatsbürgers, bei gewissen Staatsangelegenheiten in Verbindung mit dem Oberherrn mitzuwirken, und diese Konkurrenz vermittelst Theilnahme an den über solche Angelegenheit zu haltenden Berathschlagungen auszuüben.

Die Standschaft — als etwas nicht absolutnothwendig und wesentlich in der Form eines Staates liegendes Vorrecht, ist nun ihrem Realumfange nach in unsern Staaten nicht durchgängig gleich. In dem einen sind es mehrere, in dem andern weniger Staatsgeschäfte die mit Zuziehung und nach dem Dezisiv- Gutachten ständischer Staatsbürger zu vollbringen sind. Aber in dem einen Fall wie in dem andern, und selbst dann, wenn alle und jede Staatsgeschäfte unter dieser Zuziehung vollbracht werden müßten, bleibt Standschaft immer — Standschaft.

Diese

Diese Wahrheit führt mich auf 3 ontologische Folgesätze, die in ihrem natürlichen Zusammenhange vorgestellt und in ihr wahres Licht gesetzt, das Wesen der Standschaft näher bestimmen, näher erschöpfen, und auf die positiven Bestimmungen vorbereiten.

I. Standschaft ist nicht Mitregentschaft.

Ein Satz, den ich wohl zu bemerken bitte *). Stände sind vermöge der Standschaft keineswegs mit dem Regenten im gemeinschaftlichen Besitze der Staatsgewalt, sie haben keinen eigentlichen Antheil an der Majestät. Bei der Ausübung ihrer Standschaft, d. h. bei der Konkurrenz zu gewissen Akten der Hoheit treten sie immer nur in der Eigenschaft beschränkender Bürger auf, welche zu der in Vortrag gebrachten Staatsfache Einschränkungs- und Bestimmungsweiße mitwirken. Ihre Einwilligung oder Nichteinwilligung hat nicht eine ihnen zustehende Staatsgewalt, sondern eine ihnen in der Qualität als Unterthanen kompetirende

*) Noch hat meines Wissens kein Philosoph sich mit Ziehung der Gränzlinie zwischen Standschaft und Mitregentschaft beschäftigt. Ich lege daher freimüthig hier das Geständnis ab, daß ich nicht ohne Schüchternheit an die Analyse dieses subtilen Unterschieds Hand anlege, nicht, weil ich mit der Sache selbst noch nicht im reinen wäre, sondern weil Präzision und Deutlichkeit im Feld der tiefen Abstraktion sich so gerne verlieren.

rende beschränkende Gewalt zum Grunde; in dem eigenthümlichen Besitz und Gebrauch sie übrigen dem Regenten und dessen Hoheit nicht unterworfen sind. Mit einem Worte: Stände sind als Stände nicht Mitregenten.

B e w e i s .

- 1) Durch die aus dem Regentheile nothwendig folgende Aenderung der Staatsform.

Wenn Standschaft so viel als Mitregentschaft wäre, so müßte dieß in der Regierungsform eines jeden Staates, welcher Stände hat, eine wesentliche Veränderung hervorbringen.

Der monarchisch geformte Staat würde also dann aufhören monarchisch zu seyn, und in eine Art von aristokratischer Republik ausarten. Der Monarch wäre ja nimmer Alleinregent, nimmer Alleininhaber der Staatsgewalt, sondern er wäre bloß einer der Korregenten. Mitregentschaft der Stände hebt nothwendiger Weise die monarchische Regierungsform eines Staates auf.

Wer daher behauptet, daß die Stände dieses oder jenes allgemein als monarchisch anerkannten Staates Mitregenten seyen, der behauptet, daß der Staat eine Aristokratie oder sonst irgend eine Art von Republik seye. Denn die Behauptung,

tung, daß der monarchischen Regierungsform eines Staates unbeschadet, um der staatsgrundvertragsmäßigen Konkurrenz der Stände willen, diesen letztern zusammengenommen eine Mitregentschaft zugeschrieben werden könne, diese Behauptung, sage ich, steht mit sich selbst in einem unvereinbarlichen Widerspruche, (ist ein Non-Ens politicum) weil das Wesen der Monarchie ja eben darinn besteht, daß die Staatsgewalt nur Einer in Händen hat, daß nur Ein Regent, nur Ein Staatschef, nur Ein Staatsoberhaupt ist; dieses aber bei einer Mitregentschaft wegfielen.

Wahre Standschaft ändert nichts in der Fundamentalform eines Staates, und wenn der Stände Vorrecht, bei Staatsgeschäften einschränkungs- und bestimmungsweise zu konkurriren, noch so ausgedehnt ist, so gilt der Schluß auf eine zwischen ihnen und dem Oberherrn statthabende Theilung und Gemeinschaft der Staatshoheit so wenig, als ich vom Recht des Kurators in die Eigenthumsveräußerungen des seiner Pflege anvertrauten Minderjährigen einzuwilligen oder nichteinzuwilligen, auf ein dem Kurator zustehendes Miteigenthumsrecht an des Minderjährigen Vermögen schließen kann. Das Recht der Einwilligung in eine vorzunehmende Disposition — setzt nicht nothwendiger Weise eine Gemeinschaft der Innhabung zwischen dem disponirenden und einwilligenden Theile voraus.

2) Durch

2) Durch die aus dem Gegentheil nothwendig folgende Aenderung der Form des Oberherrlichen Beitritts zu Staatschlüssen.

Wenn Standschaft eben das wäre, was Mitregentschaft ist, so müßte die Form bei gemeinschaftlicher Verhandlung von Staatsgeschäften diese seyn, daß der Oberherr in der Staatsversammlung als bloßer Mitvotant aufträte, und sein Beitritt zum Gutachten der Stände durch bloße kollegialische Mitstimmung geschähe. Die Staatsgeschäfte würden von dem Oberhaupte und den Ständen mit gesamtter Hand nach der Mehrheit der Stimmen entschieden. Und wenn nun vollends das Standschaftssystem in einem Staate so geordnet ist, daß die Berathschlagungen und Abstimmungen in abgetheilten Räthen der Stände angestellt werden, so würde das Oberhaupt, als bloßer erster Mitvotant betrachtet, im Fall einer ungleichen Meinung der abgetheilten Räthe durch seinen Beitritt auf der einen oder andern abgetheilten Staatsraths Seite den entscheidenden Ausschlag geben können.

Alles dies stritte nun offenbar gegen die Analogie einer nichtrepublikanischen Verfassung, und hat auch wirklich in Staaten, wo Stände den Monarchen beschränken, nicht statt, eben weil sonst der Staat eine aristokratische Republik würde.

Vielmehr treten in solchen eingeschränkt monarchischen

narchischen Staaten Oberherr und Stände in der Staatsversammlung als zwei ganz verschiedene Personen auf, deren keine zwar ohne die andre etwas bewirken kann, bei welchen aber auch — unter ihnen selbst — niemals von Stimmenmehrheit, niemals von einer bloßen Mitstimmung des Oberherrn die Rede ist. Wie könnte auch sonst von einem Oberherrlichen Genehmigungsrechte des Ständischen Staatsgutachtens die Rede seyn? Der bloße Ständische Schluß hätte in dem Augenblicke seine allgemeine Staatsverbindlichkeit, wo er die Stimmenmehrheit für sich hat, und der dissentirende Oberherr — als bloßer Mitvotant, müßte sich die Abvotirung gefallen lassen. Ja — krafthabender Mitregentschaft, d. h. kraft habenden Antheils an der Oberherrschaft müßten die Stände das Mitgenehmigungsrecht ihres eigenen Gutachtens haben! Das wäre doch aber wohl ein baarer Widerspruch mit einer nichtrepublikanischen Staatsform; ein Widerspruch den jeder, der die Anfangsgründe der Logik kennt, einsehen und fühlen muß.

3) Durch die äußere Form der Abfassung eines Staatschlusses.

Wenn Standschaft und Mitregentschaft homogene Dinge wären, so würden die auf der Staatsversammlung abgefaßte Staatschlüsse als Gesetze eines Gesamtkorpus mehrerer Regenten abgefaßt, publizirt und promulgirt werden. Diese Form

Form der Abfassung ist aber in nichtrepublikanischen Staaten weder moralisch möglich, noch wirklich; sondern in diesen kann ein mit Zugiehung der Stände errichteter Staatschluß bloß im Namen des Oberherrn abgefaßt und verkündet werden, weil in der bloßen Beschränkungsgewalt der die Unterschenschaft vertretenden Stände noch kein Recht der Gemeinschaft an dem Oberherrlichen Rechte Befehle zu erlassen — liegt.

Ich bediene mich hier wiederum meines obigen Gleichnisses vom Verhältnisse des Kurators zum Minderjährigen. Wenn der Minderjährige nach vorheriger Einwilligung seines Kurators eines seiner Eigenthumsstücke verkauft, so wird niemand sich begeben lassen, den Kurator als Mitverkäufer um deswillen anzusehen, weil er vorher in den Kauf konsentirt hatte. Vielmehr bleibt der Minderjährige — seiner Abhängigkeit vom Beifall des Kurators ungeachtet — einzig und allein der Verkäufer, und wenn daher der abgeschlossene Uebere tragungskontrakt in einen förmlichen Kaufbrief aufgesetzt wird, so wird auf der einen Seite der Minderjährige als Verkäufer, und auf der andern Seite der Käufer benannt, des Kurators aber wird nirgends als Mitverkäufers, sondern nur als einwilligender Person gedacht. Es ist dieß auch ganz der Natur der Sache gemäß. Denn die Frage: Ob und unter welchen Bedingungen verkauft werden soll, mußte freilich vorher zwischen dem Minderjährigen und dem Kurator verglichen werden, aber

E

an

dem förmlichen Verkauf und dessen wirklicher Vollziehung hat letzterer keinen Antheil, sondern hier handelt der Minorenné allein.

Noch mehr! — Wenn ein Stammgutsbesitzer mit Konsens der Agnaten über das Stammgut testirt, so wird niemand im Ernste die Agnaten als Mittestirer ansehen. Auch wird das Testament niemals als ein gemeinschaftliches Testament des Stammgutsbesizers und der Agnaten, sondern immer nur als letzte Willenserklärung von jenem abgefaßt werden.

Eben so wird nun auch bei eingeschränkten — nichtrepublikanischen Staaten die Frage: ob und wie der Staatschluß errichtet werden solle, zwischen Oberherrn und Ständen vorher verglichen, aber sobald dieß geschehen ist, so hat auch das Recht der ständischen Mitwirkung sein Endziel. Denn zu der Errichtung eines Gesetzes einschränkungs- und bestimmungsweis mitwirken, und ein Gesetz geben, sind zwei sehr verschiedene Dinge. Das letztere ist Sache des Oberherrn. Nur der Oberherr kann gegen die Unterthanschaft befehlend auftreten, die Stände können es nicht, weil sie keine Staatsgewalt haben. Nur vom Oberherrn kann die jedesmalige Aeußerung der gesetzgebenden Gewalt geschehen. Denn die Stände sind an und für sich selbst Unterthanen, und repräsentiren die Unterthanschaft. Sobald sie ihre Funktion als Stände mittelst Einwilligung in die oberherrliche Propo-

Proposition verrichtet haben, so kehren sie wieder in die Sphäre des Unterthänigkeitsverhältnisses zurück; wo sie unmöglich als Mitbefehlende Tühele auftreten können, anerkennen Unterthanen als solche sich nicht selbst öffentliche Befehle geben, indem eine solche öffentliche Autonomie der Unterthanschaft, als solcher, mit der Natur und dem Wesen einer Staatsgesellschaft stritte.

- 4) Durch die aus dem Gegentheil nothwendig folgende Uenderung mit der Zwischenregierung.

Die Regierungsfolge in einem Staate beruht entweder auf dem Erbrecht oder auf der Wahl. In Erbstaaten wie in Wahlstaaten läßt sich vom Tode des Monarchen bis zum neuen Regierungsantritt eine gewisse Zwischenzeit gedenken, die durch eine interimistische Regierung ausgefüllt wird, ja es ist dieselbe wirklich und nothwendigerweise alsdann vorhanden, wenn in Erbstaaten keine Verordnung für den unmittelbaren Eintritt des Erben getroffen ist, und in Wahlstaaten es an einer vor Abgang des Regenten gewählten Person fehlt, die das Recht hätte, den Regenten unmittelbar zu ersetzen. Wenn dann nun in einem nichtrepublikanischen Wahlstaate eine solche Zwischenzeit eintritt, so würde es, falls Standschaft und Mitregentschaft einerlei wäre, keiner eigenen Interimsregierung einer besonders dazu zu berechtigenden Person bedürfen. Denn mit dem Oberherrn stirbe

ja nur ein einzelner Korregent, und der Tod eines einzelnen Korregenten könnte, da die Staatshoheit auf dem ganzen Korpus der Stände mitthastet, keinen Stillstand in der öffentlichen Regierung machen, der eines Zwischenregenten bedürfte; so wenig als in einem Collegio oder einer Gemeinheit der Tod eines einzelnen Mitgliedes der Errichtung eines bindenden Collegialschlusses im Wege steht.

Es wäre höchst überflüssig und unrepublikanisch etliche Zwischenregenten zu ernennen, da es nicht an Staatsgliedern fehlt, welche vermöge des ohnedieß habenden Antheils an der Regentschaft die Staatsgeschäfte fortzudirigiren, und zu dem Ende die nöthigen Befehle und Verfügungen ergehen lassen könnten. Zum deutlichen Beweise aber, daß Standschaft nicht Mitregentschaft ist, ermächtigen sich bloße Stände in dergleichen Wahlstaaten nicht der Staatsverwaltung, sondern es werden Verweser (Vicarii) niedergesetzt, um in der auf die Thronerledigung folgenden Zwischenzeit die Staatshoheit zu verwalten.

Alles das bisherige zusammen genommen bestätigt also den unwiderleglich wahren Kardinalsatz, daß Staatsstandschaft keine Mitregentschaft ist, daß vielmehr die Metapolitik zwischen beiden eine scharfe — bisher von den Staatsrechtslehrern noch unbearbeitete — Gränzlinie gezogen hat.

Dies

Dieser Satz ist inzwischen hier bloß ein Vorberath, und führt mich nun auf die Ableitung des zweiten wichtigen die Natur der Standschaft betreffenden Axioms:

II. Stände bleiben ihrer Standschaft ungeachtet, Staatsunterthanen, Standschaft macht sie niemals unabhängig im Verhältnisse zum Oberherrn des Staates.

D e r B e w e i s

hievon liegt in dem bisherigen. Nur derjenige Staatsbürger, der mit der Staatsgewalt bekleidet ist, ist vom bürgerlichen Gehorsam frei, und steht nicht unter den Gesetzen *) des Staats. Alle übrigen Staatsbürger, stehen in der Sphäre der Unterthänigkeit.

Nun habe ich aber gezeigt, daß Stände keine mit der Staatsgewalt bekleidete Staatsbürger, keine Mitregenten sind, folglich habe ich auch bewiesen, daß ihre Standschaft, so frei und ungehindert übrigens der Gebrauch derselben seyn muß, das Unterthänigkeitsverhältniß zum Oberherrn des Staates in allen übrigen Dingen nicht aufhebt.

Stände

*) Ich sage: Gesetzen und nicht: Staatsfundamentalgesetzen.

Stände stehen also vor wie nach unter den Staatsgesetzen, und wenn sie bei der Errichtung derselben das Mitwirkungsrecht haben, so ist es für sie gedoppelt ruhmlos, selbige unbefolgt zu lassen; wenigstens kann eine Gesetzübertretung dem gemeinen Unterthanen immer noch eher verziehen werden, als demjenigen Unterthanen, der als Stand das Gesetz mit errichten half. Das Gefühl muß einen jeden von dieser Wahrheit überzeugen, über welche sich Kollanten schreiben ließen.

So gewiß übrigens Standschaft nicht in einer slavischen Conturrenz zu Staatsfachen besteht, so gewiß die Stände in Ansehung ihres Standschaftsrechtes, und deßen eigenthümlichen Besitzes und Gebrauches dem Regenten nicht unterworfen sind, so gewiß ist es auf der andern Seite, daß Standschaft als ein das Staatswohl bezweckendes Recht, zugleich die Pflicht involvirt, mit Hintansetzung aller Partikular-Rücksichten zum gemeinen Besten mitzuwirken, und insonderheit zu den wohlgemeinten, die Staatswohlfarth befördernden Absichten des Oberherrn mit aller erforderlichen Thätigkeit und Kraft beizutragen. Einseitige Trennung, hinterlistige Theilung des Gesamtinteresse's, egoistische Schwächung und Zerrüttung des gegenseitigen Vertrauens und eigensinnige Versagung eines durch das Wohl des Staats gebotenen Beitritts zum oberherrlichen Willen, ist gewiß der Weg nicht, der zur Erreichung des Zwecks der Standschaft führt. Dieser Satz denkt mir

mir eben so sehr wahr zu seyn, als er auf der andern Seite in manchem Staate eine dringende Empfehlung und nähere Beherzigung verdienen möchte.

III. Staatsachen, die vor die Oberherrliche Regierung allein gehören, machen die Regel und ständische Staattagsachen die Ausnahme.

In Staaten, wo gewisse Staatsangelegenheiten vom Oberherrn und dessen Regierung allein besorgt werden, bei andern hingegen die Stände konkuriren, entsteht unter den Staatsachen selbst der wichtige Unterschied zwischen Oberherrlichen Regiminal- und zwischen Staattagsachen. Erstere leitet und dirigirt der Oberherr nach seinem eignen Gutdünken und höchstens mit Zuziehung seiner bloß konsultative Stimme habenden Ministers, letztere hingegen gehören in die gemeinschaftliche Versammlung des Oberherrn und der Stände. Das Verhältniß, in welchem beiderlei Staatsachen gegen einander stehen, beruht zunächst auf der Bestimmung des Umfangs und der beiderseitigen Gränzen, welche aus den ausdrücklichen und stillschweigenden Staatsgrundverträgen zu schöpfen ist. Der Umfang mag aber bestimmt seyn auf welche Art er will, so bleibt es eine aus der Natur nichtrepublikanisch geformter Staaten fließende Wahrheit, daß oberherrliche Regiminalsachen sich zu Staattagsachen verhalten, wie die Regel zur Ausnahme; daß nemlich in Zweifelsfällen, wo die Staatsgrund-

gesetze

gesetzliche Bestimmung der Grenze dunkel, oder zweideutig oder bestritten wäre, von beiden hiebei interessirten Theilen, der Oberherr und sein Regierungskollegium immer die rechtliche Präsumtion für sich, und das Korpus der Stände hingegen selbige gegen sich hat.

B e w e i s .

- 1) Durch die Außerwesentlichkeit der Standschaft in einem Staate.

Nach allgemeinen Prinzipien der Staatslehre sind Stände nichts wesentliches in einem Staate. Das Dasein einer Standschaft ist keine absolute vom Recht gebotene Nothwendigkeit, sondern hängt lediglich von positiven Staatsfundamentalverträgen und Observanzen ab. Standschaft gehört daher ganz in das hypothetische Staatsrecht. Hingegen Oberherr und Regent ist in jedem Staate absolut nothwendig, letzterer mag nun auf diese oder jene Art geformt seyn. Denn die Seele des Staats und seine wesentliche Charakteristik, wodurch sich derselbe von allen andern Gesellschaften unterscheidet, ist die öffentliche Zwangsgewalt über die Staatsglieder. (imperium) Staatsgewalt gehört daher unter die absolute Rechtsverordnungen einer bürgerlichen Gesellschaft.

Within muß die beschränkende Gewalt der Stände und deren Konkurrenz immer erst durch
Posi-

Positivgesetze und Observanzen nach und nach erhalten und bestimmt werden. Dergleichen Positivbestimmungen gehören aber in die Sphäre der Thatsachen, und können mithin niemals vernuthet werden; sondern die Vermuthung geht immer dahin, daß es bei dem, was nothwendig aus der Natur des Staates fließt, belassen worden sey. Gesezt also, es wäre der bei weitem größere Theil von Staatsfachen durch ein Gesetz oder Herkommen zu Staatstagsfachen gestempelt worden, so ist dieß immer etwas positives, beruht auf dem Faktum der Positivbestimmung, und berechtigt nicht im mindesten zu dem Schluß, daß in einem solchen Staate Oberherrliche Regiminalsachen aufhörten die Regel zu seyn. Eine Regel, wenn sie auch Millionen Ausnahmen hätte, bleibt dennoch — Regel. Am allerwenigsten können positive Ausnahmen eine allgemeine Regel als Regel aufheben. Noch weniger können sie als bloße Fakta gegen die Regel präsumirt werden. Der Regent, der die Staatsmajestät allein in Händen hat, kann daher im Zweifelsfalle eine Staatsfache mit Recht als für sich allein gehörig ansehen, weil es in diesem Fall nach Prinzipien des absoluten Staatsrechts gehalten werden muß, und weil aus dem Gegentheile der irrige Grundsatz resultirte, daß außerwesentliche positive Limitationen und Bestimmungen allezeit rechtlich vernuthet werden müssen, — ein Grundsatz der gegen alle Rechtsanalogie, die keine Thatsachen — Präsumtion kennt, stritte.

Man

Man wende mir hier nicht ein, daß meine Behauptung bei denjenigen Staaten wegfallen müsse, die nach der einstimmigen Lehre der Publisten und Statistiker eine eingeschränkte monarchische Verfassung haben haben, weil wegen der eingeschränkten monarchischen Form auch überall für die Einschränkungsgewalt der Stände die rechtliche Vermuthung streite. Dieser Einwurf würde auf eine wahre petitionem principii hinauslaufen, und immer unzureichend seyn, da schon der Begriff Einschränkung ein Ausnahmeverhältniß eines Dinges zu einem andern Dinge involvirt.

- 2) Durch die aus dem Gegentheil fließende Unerreichbarkeit des Staatszwecks bei dringenden Fällen.

Es giebt Fälle dringender Noth, bei welchen dem Staate nicht anders geholfen werden kann, als durch eine von Seiten des Oberherrn im Namen des Staates schleunig zu treffende Verfügung. Wenn nun ein solcher Fall dringender Noth eintritt, und es zweifelhaft ist, ob die Sache vor das oberherrliche Ministerium oder aber in die Staatsversammlung der Stände mit dem Oberherrn gehört, so würde aus dem Satz, daß die Präsumtion für das letztere streite, die höchst nachtheilige Folge entstehen, daß bei dem ungleich langsamern Gange der Verhandlung solcher Staatsfachen der Moment einer schleunigen Abhilfe ungenützt vorübergehen könnte. Hierunter würde also das Wohl des Staates Noth

Noth leiden, und mithin der Zweck des Staates verfehlt. Dieß kann nie der Wunsch und Wille der Unterthanschaft seyn, die von den Ständen repräsentirt wird, und folglich wird hiedurch der Satz, daß die Präsumtion immer für den Oberherrn streite, aufs neue bestätigt. Daß übrigens dergleichen Fälle besonders in Verhältnissen zu auswärtigen Staaten, z. B. bei Kriegs- oder Friedensangelegenheiten öfters eintreten können, indem die auswärtige Nation sich immer zunächst an den Oberherrn wendet, daran wird um so weniger zu zweifeln seyn, als die Staatengeschichte älterer und neuerer Zeiten uns viele dergleichen aufbewahrt hat.

Dieß von der Standschaft im allgemeinen!
Dieß von den Bestimmungen, die nothwendig aus ihrem Begriff und ihrer Wesenheit fließen!

Alle diese aus der reinen Abstraktion als der Urquelle geschöpften Grundregeln müssen nun um ihrer Allgemeinheit willen bei den Ständen eines jeden Staates in concreto, folglich auch bei denen des teutschen Reichsstaats in Anwendung treten; und diese läßt sich von selbst machen.

Ich habe aber nun noch zu zeigen, daß unsre Reichspostirungsgesetzgebung mit jenen abstrakten allgemeinen Grundprinzipien harmonirt, und diese mithin von gedoppelt verbindlicher Kraft für die teutschen Reichsstände sind. Zu diesem Ende lege ich
meine

meine bisherige Ideenreihe zum Grunde, und entwirfte kürzlich, daß die teutschen Reichsstände auch nach den positiven Reichsgesetzen keine Reichsmittregentschaft von sich prädiciren können, daß sie ihrer Reichsstandschafft ungeachtet Reichsunterthanen bleiben, und daß Comittialsachen sich zu den für das Reichsoberhaupt allein gehörigen Sachen, wie die Ausnahme zur Regel verhalten.

I) Die teutsche Reichsstandschafft ist nicht Reichsmittregentschaft.

Diese Wahrheit läßt sich nicht nur aus positiven Reichsgesetzen, sondern auch aus der monarchischen Staatsform des Reiches, aus selbst eignen Deklarationen der Stände, und aus der Verhandlungsart der Reichstagsgeschäfte entnehmen.

Wenn wir die Geschichte der teutschen Reichsstandschafft bis zu ihrer Entstehung zurück verfolgen, so werden wir nirgends finden, daß die Stände jemals als Mitregenten auf der Reichsversammlung auftraten. In den ersten Zeiten des römisch teutschen Kaisertums hatte die Standschafft und das Ständische Wesen noch gar nicht System, Interesse und Regelmäßigkeit. Karl der Große und seine Nachfolger hielten zwar Reichsversammlungen, worinn über die Nothdurft und das Beste des Reiches berathschlagt, und von den Ständen ein jedesmaliges Gutachten erstattet wurde. Allein genau betrachtet bestand jene Ständische Konkurrenz mehr
in

in Ablegung eines räthlichen Bedenkens als in dezisivem Stimmrecht. Denn der Kaiser nahm zwar oftmals die Rathschläge der Stände an, öfters aber gieng er auch gänzlich davon ab. Die Geschichte hat uns solche Fälle aufbewahrt, wo Karl der Große, bei der Frage, ob der Reichskrieg gegen Italien, oder aber gegen die Sachsen geführt werden solle? gerade das Gegentheil von demjenigen that, was die Reichsstände für gut befunden hatten. Erst nach der Karolingischen Periode gegen die mittlere Zeiten hin erhielt die Reichsstandschaft allmählig mehr Ausdehnung, Interesse, Gewicht und Einfluß, und erst von dieser Zeit wissen wir mit Zuverlässigkeit daß die Stimmen der Reichsstände nicht bloße Konsultativ-, sondern Dezisivkraft hatten. Und so erweiterten allmählig die Reichsstände in den ihnen günstigen Zeitpunkten den Einfluß der Reichsstandschaft in das Reichsregierungs-system, und gaben ihr den Umfang, den wir in der heutigen Gestalt des Reiches erblicken. Aber niemals traten sie als Mitregenten auf, nie legten sie sich die Majestät oberster Mitbeherrscher des Reiches bei. Es brachte dieß auch die monarchische Urform des Reichsstaats mit sich, daß alle an dem System des Reichs theilnehmende Bürger, Unterthanen von dem mit der höchsten Gewalt bekleideten Reichsoberhaupte waren. Eine wesentliche Majestät aber mußte von aller Unterwerfung ganz frei seyn. Jene monarchische Urform hat sich auch durch alle Zeiten, durch alle Ereignisse und Partikularrevolutionen hindurch erhalten, und noch heutiges

tliges Tages ist ihre Existenz von den Reichsständen einmüthig anerkannt.

Selbst zu einer Zeit, wo dieser Staatsform des teutschen Reiches die gewaltsamste Erschütterung drohte, und der ständische Usurpationsgeist in Religionsprätexen eingehüllt und von auswärtigen Waffen unterstützt so weit um sich griff und so vieles an sich riß, als er nur immer konnte, ich melne zur Zeit des Religions- und des darauf erfolgten Westfälischen Friedens wurde die Existenz, dieser Form von den Reichsständen anerkannt und vertheidigt.

Auf dem Raumburgischen Kongresse v. J. 1561 gaben die Evangelischen Stände dem Papste, der sich eine Hoheit über das Reich bei Gelegenheit der Religionsstreitigkeiten anmaßen wollte, mit teutschem Gefühle zu erkennen, „daß sie keinen andern „Oberherrn, als den Kaiser hätten. *Nul- „lius auctoritatem vel jurisdictionem quam Im- „peratoris sui. Caesaris Ferdinandi agno- „scunt* *). Weit entfernen also sich eine Reichsmitregentschaft beizulegen, erklärten sie gerade das Gegentheil davon, daß nemlich nur dem Kaiser die Oberherrschaft über das teutsche Reich zustehet, als welche Erklärung alle Theilung der dem Kaiser zustehenden Reichshoheit aufhebt. Hier haben wir

*) Horn Historie des Raumburgischen Convents, S. 79.
Maier teutsches weltlichen Staatsrecht, Th. I. p. 164.

wir also das eigne Bekännntniß der Stände und zwar solcher Stände die zur Zeit jener Erklärung eben nicht in dem besten Einverständniße und Vernehmen mit dem Kaiser standen. Ihre deutsche Anhänglichkeit an Verfassung, ihr deutsches Ehrgefühl, und ihre feste Ueberzeugung legte ihnen jene ewig merkwürdige Worte in den Mund, von welchen zu wünschen wäre, daß manche ihrer heutigen Nachfolger sich der Betrachtung derselben widmeten, und dadurch zu einer rühmlichen Nachahmung entflammt würden, statt sich von trennender Autorität leiten zu lassen, die am Ende ihnen selbst zu einem empfindlichen Nachtheil gereichen könnte.

Auch war es eben diese Sprache, die auf dem westphäl. Friedenskongresse herrschte, wo es der Lockungen und Versuchungen zu einer Umgestaltung der bisherigen monarchischen Verfassung so viele gab, und wo von Seiten der Krone Frankreichs alles aufgeboten wurde, das Reich in einen aristokratischen Staatskörper umzuwandeln, und durch Vorspiegelungen die Stände zur Schöpfung einer vielköpfigten Staatsmaße zu bewegen.

Auch dort war Reichspatriotismus noch viel zu fest, als daß das Korpus der Reichsstände fähig gewesen wäre, das alte ehrwürdige Staatssystem zu verleugnen, oder ihm den Todesstoß zu geben, oder sich vom Reichsoberhaupte völlig zu trennen. Weit entfernt die monarchische Regierungsform des deutschen Reiches zu bestreiten, oder dem Kaiser die

all,

alleinige Inhabung der Reichsstaatshoheit zweifelhaft zu machen, trachteten sie blos nach Befestigung der Standschaft, hergebrachter Rechte und Freiheiten, und einzelner strittiger Befugnisse, erkannten die Oberherrschaft des Kaisers allenthalben an, und nannten ihn in jener so wichtigen Erklärung auf dem Kongresse ihren „*Summum principem*.“ *)

Ich glaube dergleichen freiwillige, ungezwungene selbsteigene Erklärungen der Stände sind viel zu überzeugend als daß man an dem Nichtvorhandensein einer ständischen Theilnahme an der Reichsstaatsgewalt selbst noch einen Augenblick zweifeln, und mit dem Ausländer *Bodin* oder dem entrüsteten *Hippolithus a Lapide* an eine Aristokratische Reichsform d. h. an eine Reichsmittregentschaft der Stände glauben könnte.

Es führt aber auch die Art der Abfassung älterer und neuerer Reichsgesetze und Reichsschlüsse eben so überzeugend auf das Nichtvorhandensein jener Mittregentschaft. Denn

- 1) wird die Reichsständische Konkurrenz zu der Kaiserlichen Reichsregierung nie anders ausgedrückt, als durch: „Ermeßen und Bewilligung, oder: „Rath und Zuthun“ oder: „einhmüthigen, zeitigen Rath und Willen, auch: Zugeben und An-

*) s. *Moriern*. Acta Pac. Westphal. P. I. p. 751.

„Annahmen, Gutachten und Konsens der Stände“ (*Suffragantibus et consentientibus statibus Imperii.*) Offenbar erhellt hieraus nicht mehr und nicht weniger als eine beschränkende Gewalt der Stände. Denn wäre die Reichsstandschaft eine Mitregentschaft, so würden die Stände gleich nach dem Kaiser als Koimperanten genannt und ausgedrückt werden müssen, und sie würden auch ihre Stimmen auf den Reichsversammlungen nicht mit Bezeichnung tiefster Unterthänigkeit und Gehorsams gegen den Kaiser ablegen *). Wäre sie aber bloße Rathgebung, so würde höchstens des Raths, nicht aber eines Konsenses erwähnt werden können;

- 2) Treten bekanntlich auf dem Reichstage Kaiser und Stände von den ältesten Zeiten her als zwei verschiedene Personen auf. Wäre Gemeinschaft der Hoheit und Regierung, so müßte hier Gleichheit, und nicht Verschiedenheit seyn. Die Stände erscheinen nicht als Reichsoberherrn, sondern bloß als das die Ausübung der Reichshoheit beschränkende Korpus, und das Oberhaupt

*) Die R. A. v. 1521, 1524, 1596, 1567 enthalten, z. B. deutlich die Worte: Kurfürsten, Fürsten und Stände haben, Uns zu allerunterthänigstem Gehorsam, verglichen, entschlossen; haben Uns zu freudlichem allerunterthänigstem Gehorsam bewilliget. Auch sehe man hierüber alle neuern Reichsgutachten.

erscheint — nicht als Korregent, sondern als ausschließlicher Besitzer der Reichsgewalt, der jedoch nach Grundgesetzen an das Zuthun der Stände gebunden ist, von dem aber das aus den ständischen Berathschlagungen resultirende Reichsgutachten genehmiget seyn muß, wenn es verbindliche Gesetzeskraft erhalten solle, und von dem — ganz nach eigenem Gutdünken diese Genehmigung versagt werden kann.

Wer dieses Verhältniß, wer diese Art des gegenseitigen ungleichen Beitritts genau betrachtet, und alsdann doch noch an eine Reichsmitregentschaft der Stände glaubt, der scheint in meinen Augen nicht von reinem Wahrheitsinteresse bei seinen Betrachtungen geleitet zu werden, und einem solchen gebe ich daher nur kürzlich nach die wichtige Bemerkung zu bedenken, daß wenn jene Mitregentschaft wirklich existirte, das Reichstägliche Verfahren nothwendiger Weise ein ganz andre Form von jeher gehabt, Gesamttun und Gesamtverhandlung des Kaisers und der Stände als eines ungetheilten Körpers die eigentliche Form gewesen seyn, und das Recht des Kaisers in einer bloßen Mitstimmung bestanden haben müßte, welchem Umstande aber die Notorietät vom Gegentheile widerspricht.

- 3) Die Kundmachung der Reichsschlüsse bestätigt endlich gleicherweise den bisher durchgeführten Satz

Satz. Der Reichsschuß wird als ein vom Kaiser vermöge seiner Majestät — auf vorher eingeholtes Gutachten der Stände — errichtetes Gesetz publizirt *). Im Fall einer Mitregentschaft der Stände wäre dieß eine fehlerhafte einseitige Publikation eines einzelnen Korregenten.

II. Reichsstände bleiben ihrer Standschaft ungeachtet Reichsunterthanen.

Da die Reichsstände nicht Reichsmitregenten sind, so folgt hieraus von selbst, daß sie in allen ihren übrigen Verhältnissen eben so wie die übrigen Bürger des Reichstaats, Reichsunterthanen bleiben. Denn außer dem Oberherrn ist im Staate kein Mitglied, seine Vorrechte seyen auch noch so groß, von der Staatsgewalt exempt.

Dieser Satz ist an sich schon so klar, daß er keiner weitem Diskussion bedarf. Und in Ansehung der Positivgesetzgebung hierüber berufe ich mich auf die oben bei der Reichsunmittelbarkeit angeführte Gesetzstellen, nemlich den R. A. von 1495. Eing. §. 10. und den R. A. v. 1530. §. 76 **).

D 2

Über

*) Die Unterschrift der Stände und das Siegel einiger unter ihnen bei Reichsabschieden hat blos den urkundlichen Beweis der geschehenen ständischen Konfurrenz zum Zweck.

**) Eben daher werden auch die Reichsstände vom Reichs-

Aber die Folgesätze, die aus diesem Satze fließen, sind so unendlich und so reichhaltig an Stoff zu

Reichsoberhaupt verpflichtet — zu Treue und Gehorsam, welches zugleich ein abermaliger Beweis gegen die Reichsmittregentschaft ist. Denn Zusage des Gehorsams ist für den, an welchen sie geschieht, ein Merkmal der Hoheit und Oberherrschaft über den zusagenden. Man wende mir nicht ein, daß die Reichsstände gewöhnlich schwören: dem Röm. Kaiser und dem Reich treu und gehorsam zu seyn. Diese Formel beweist nicht, was sie beweisen soll. In den ältesten Zeiten des teutschen Königthums, unter Karl dem Großen, dem Stifter desselben, geschah des Reiches keine Erwähnung, die Stände legten vor dem König allein den Verpflichtungsseid ab; (wie solches selbst *Hippolitus a Lapide* eingesehen muß; in *Libr. de ratione status* I. I. P. VII.) und noch im L. F. von 1521. Tit. 17. §. 2. spricht der Kaiser die Worte: „Befehlen Wir Euch (Ständen) bei den Eiden und Pflichten, die ihr Uns von des Reichewegen insonderheit gethan, und bei der Gehorsam, die ihr Uns als Römischer Kaiser schuldig seyd.“ Auch hier also kommen die Worte „und dem Reich“ nicht vor. Der unstete Gebrauch dieser Worte und die Betrachtung der teutschen Staatsverfassung muß uns daher auf den Schluß führen, daß diese Worte nichts anders bedeuten sollen, als daß dem Kaiser Treue und Gehorsam zunächst in Rücksicht auf den von ihm zu regierenden teutschen Staatskörper, um des Reichswillen, und nach seinem Verhältnisse gegen das Reich, daß sie ihm als Kaiser, d. i. in Ansehung Er. Reichsoberherrlichen Würde von den Reichsständen gelobt werden.

zu lehrreichen Bemerkungen für die Stände des Reichs, daß sich ein großes Buch darüber schreiben ließe.

Reichsständschaft berechtigt nicht zu Reichspflichtverletzungen und zu eingebildetem Stolze. Auch der Reichsstand ist an die Gesetze des Reichs gebunden, als Miterrichtender Theil doppelt gebunden. Sie, nicht Irrlichter und Fantome, sollen ihn leiten. Sie führen ihn zur schönen ungetrennten Verbindung mit dem Reichsoberhaupte auf dem Reichstage, zu einer Verbindung, worauf der Geist der vaterländischen Verfassung allenthalben zielt. Ihre Nichtbefolgung zertrümmert die Felsenmauer Deutschlands — seine Einheit; zer schneidet die Reichsversammlung, und rächt sich früher oder später an dem Einzelnen, der das Ganze aus Wuth für Unabhängigkeit und Individualinteresse frevelnd auf das Spiel setzte. — Wahrheiten, die mit so mancher andrer Wahrheit das Schicksal haben, daß sie anfänglich verkannt, und dann zu spät erkannt werden! — —

III. Kaiserliche Reichsministerialsachen verhalten sich zu den Comitialsachen wie die Regel zur Ausnahme. Bei jedem Reichsregierungsgegenstande streitet für die erstere die Präsumtion.

In dem teutschen Reiche gehört bekanntlich ein Theil der Reichsregierungssachen vor das Reichsober-

oberhaubdt und dessen Ministerium allein, ein anderer Theil hingegen für den Reichstag. Erstere Sachen nenne ich Kaiserliche Reichsministerialsachen *), letztere hingegen Comitialsachen.

Die Grenzscheidung zwischen beiderlei Gattungen von Reichssachen muß in den positiven Reichsgrundgesetzen gezogen werden. Wenn nun aber, wie dieß bei unsern Reichsgrundgesetzen hier wirklich der Fall ist, keine spezifische Auseinandersetzung und Klassifizierung der beiderlei Reichssachen gemacht ist, sondern bloß im allgemeinen die Gattungen bestimmt worden sind, folglich ein großer Theil der Sachen nicht namentlich ausgedrückt da steht, sondern bloß in der Analogie liegt, so kann sich bei vorkommenden unbestimmten Fällen leicht ein Streit darüber erheben, unter welche der beiden Gattungen die Sache gehören möchte, die zu besorgen ist. Natürlich kommt hiebei zunächst die Frage in Erwägung, ob dem Kaiserl. Reichsministerio oder aber dem Reichstage die Präsumtion zuzueignen sey? Und hier behaupte ich nun, daß für das erstere, nemlich für die Gattung der Kaiserl. Reichsministerials

*) Ich bediene mich absichtlich dieses Ausdrucks, weil das von mehreren Publizisten gebrauchte Wort: Reservatsachen, hier sehr unpaßend ist. Reservat setzt immer eine Entäußerung voraus. Die Geschichte aber weiß nichts davon, daß irgend ein Kaiser die ganze Reichsmajestät in ihrem vollen Umfange, bloß mit Vorbehalt einzelner Rechte an die einschränkende Gewalt der Reichsständschaft durch Uebertragung eines Miteigenthums förmlich überlassen hätte.

Reichsachen die Vermuthung streite. Mein Grund liegt darin, weil es die monarchische Staatsform des Reiches mit sich bringt, daß der Kaiser als der alleinige Oberherr und wahre Regent des Reichsstaats in Reichsangelegenheiten diese Vermuthung für sich habe, und hingegen die Stände den Beweis von der positivgesetzlichen Stempelung der Sache zu einer Comitialsache — führen. Da aber die Gegner meines Satzes, welche den Ständen die Präsumtion zueignen, sich hauptsächlich darauf berufen, daß ein positives Grundgesetz des Reiches jenen aus der Natur der monarchischen Form fließenden Satz abgeändert, und alle Reichsachen in der Regel zu Comitialsachen gestempelt habe, so führt mich dieß sogleich auf die nähere Darstellung jenes positiven Reichsfundamentalgesetzes, die, wie ich glaube, die Richtigkeit meines Satzes unfehlbar bestätigen muß.

Jene Schriftsteller berufen sich nemlich hier auf den Art. 8. §. 2. des J. L. O. Dort, sagen sie, wurde bestimmt, daß Kurfürsten, Fürsten und Stände in allen Berathschlagungen über Reichsangelegenheiten ein freies Devisostimmrecht haben sollen. Weder eine von den im §. exemplificativisch angemerkten Reichsachen, noch eine demselben ähnliche, soll jemals anders als mit freiem Comitalkonsens der Reichsstände ausgeführt werden. Allein wenn ich diese Stelle genau betrachte, so sehe ich schlechterdings nicht, wie darin alle Reichsachen in der Regel für Comitialsachen sollten

sollten erklärt worden seyn, und mithin hieraus eine Präsumtion für den Reichstag folgen könnte. Der Grundtext sagt: „Gaudeant omnes et singuli „Electores, Principes et status imperii sine contea- „dictione jure suffragii *in omnibus delibe- „rationibus super negotiis imperii.*“ Er sagt aber nicht schlechthin: *in omnibus negotiis imperii.* Dieß ist ein sehr wichtiger Unterschied, dessen Bemerkung die gegentheilige Behauptung völlig aus dem Wege räumen muß. Man sieht deutlich, wie der Sinn jenes Gesetzes einzig dahin geht, daß der Kaiser bei Sachen, welche unstreitig vor die Reichsversammlung gehören, nicht eigenmächtig verfare, sondern jedesmal bei solchen Sachen der Stände Gutachten förmlich einholen, auch die Stimmfreiheit auf keine Art beschränken solle. Das Gesetz hätte ganz anders gefaßt werden müssen, wenn man die Absicht gehabt hätte, alle Reichsgeschäfte im Zweifelsfalle für Comittialsachen zu erklären.

Eben so verhält es sich mit der Verordnung der W. E. Art. 10. §. 1. als wo sich bloß auf den W. F. bezogen wird.

Das praktische Interesse dieses Satzes von der Präsumtion in Reichssachen liegt in meinen Augen darin, daß solche Sachen, die vor den Kaiser allein gehören, am Ende meist besser geleitet und besorgt werden als die andern, indem auf dem Reichstage der in der persönlichen Abwesenheit der Fürsten seinen Grund habende äußerst

äußerst langsame Geschäftsgang und die vielerlei Oppositionen so manches Gute verhindern. Bei manchem Reichsmittelbaren stieg in neuern Zeiten der Wunsch auf, daß die Gränze der Kaiserlichen Reichsministerialsachen ausgedehnter seyn möchte. Es war ein Wunsch, den Drangsale mancher Art gebaren. —

Ehe ich diesen Abschnitt ganz schließe, stelle ich hier noch den Hauptinhalt in aller Kürze hin.

- 1) Reichsstandschaft ist nicht Reichsmittregentschaft.
- 2) Reichsstandschaft hebt das Unterthänigkeitsverhältniß gegen den Kaiser als Reichsoberherrn nicht auf.
- 3) Reichsstandschaft hat bei vorkommenden zweifelhaften Reichssachen die Präsumtion gegen sich.

Schon in der Ausführung selbst liegt, wie ich glaube auch der Fingerzeig auf die Wahrheit, daß Reichsstandschaft ihrer Natur nach Verbindung mit dem Reichsoberhaupte, nicht aber Trennung von demselben involvirt; daß sie nicht in Unabhängigkeit, nicht in Gesetzlosigkeit besteht, und nur durch beständige Hinsicht der Stände auf das allgemeine Wohl und durch reichsverbandmäßige Mitwirkung zu den auf das gemeine Beste des Reichs

ches gerichteten Oberhauptlichen Absichten, und durch eigne Befolgung der miterrichteten Gesetze und den daraus fließenden Gehorsam gegen das Reichsoberhaupt ihre wohlthätige von den Staatsgrundgesetzen bezweckte Wirkungen erreicht.

Eine Wahrheit, die gleicherweise mit so vielen andern heutiges Tages in Vergessenheit gerathen ist! — Eine Wahrheit, die man jetzt erst zu erkennen anfängt, wo ein triumphirender Feind um Deutschland eiserne Würfel schwingt.

Dritter Abschnitt.

Landeshoheit.

Zu wünschen wäre es, wir Deutsche kennten weder dieses Wort noch die die Sache.

Damals, als noch alle teutschen Reichsbürger zu einem einzigen politischen Systeme vereinigt, keine andre Hoheit als Reichshoheit kannten, wo die integrirende Theile des Reiches noch keine Staaten, sondern bloße abgetheilte Gerichtsbezirke, ihre Vorsteher bloße Statthalter des Reichsoberhauptes, nicht aber förmliche Unterregenten waren, da war Deutschland ein Staat voll Konsistenz und Festigkeit, der auf Einheit gestützt, jeden Feind, der gegen die verzehrende Sonne seiner Majestät anflog, zermalmte, jedes Versuches gegen seine Integrität spotten konnte, und als der erste Staat der Welt hervorrage über die übrigen Staaten.

Und dagegen von jener unglücklichen Epoche an, wo die Reichsgerichtsbarkeiten aufhörten kaiserliche Reichsämtter zu seyn, und in wirkliche Territorien anfiengen umgewandelt zu werden, wo die
Reichs-

Reichserbgerichtsherrn zum Landesterritorialsystem mit einer unseeligen Schwungsucht sich aufschwangen — von da an wankte Deutschlands Integrität, und der entsehlliche Abfall von dem alten Staatsverhältnisse erzeugte das System des Partikularinteresses, das die erschütterte Vormauer der Einheit sprengte, und es endlich dahin brachte, daß Privatseignuß das allgemeine Interesse ungescheut mit Füßen treten darf; daß der Deutsche nichts mehr von einem gemeinschaftlichen Vaterlande weißt, daß nur hier und da noch in einer einzelnen Reichsstadt ein Funke von Reichspatriotismus glimmt. So traurig diese Schilderung ist, die der dumpfe Schmerz in jeder deutschen Brust herauspreßt, so fürchterlich wahr ist sie auf der andern Seite; und Quader möchten weinen, daß dem so ist. — Es war einst eine Zeit, wo ein einziger Reichserzog, mit seinem Heerbanne vom Kaiser abgesendet, vermögend genug war, dem mächtigsten Feinde des Reiches Trost zu bieten, seine Schaaren zu zermalmen, und Deutschland zu decken. Es war eine Zeit, wo beim Anbeginn der Schlacht zwischen Sachsen, Schwaben, Franken und Thüringern ein Streit entstand, wer als vorderstes Glied im Schlachtgetümmel fechten sollte, und wo der Streit durch das Loos entschieden werden mußte. Es war eine Zeit, — — — doch mein Herz bricht unter diesem Rückblitz, ich vermag nicht weiter das Gemählde auszuführen. Auch würde es vergeblich seyn. Deutschland ist in Staaten zersplittert, das Reichsterritorium in förmliche bürgerliche Systeme zer-

zerstückelt, die Reichshoheit durch eine Untergewalt vermindert, Einheit des Staatsinteresses in Individualinteressen gespaltet. Thaten sind nicht mehr zu tilgen. Landeshoheit ist nun einmal da, ist reichs-
gesetzlich bestätigt.

Die Frage muß daher hier einzig diese seyn, ob es nicht in den natürlichen und positiven Bestimmungen der Landeshoheit liege, daß jeder Landes-
herr sich enge an das gemeinschaftliche Reichsober-
haupt anschließe, und im genauesten Subordinations-
verhältnisse gegen dasselbe bleibe? Ich glaube diese
Frage bejahend beantworten zu können, wenn ich
die Landeshoheit näher betrachte.

Landeshoheit ist die bürgerliche Untergewalt
über einen intergirenden Partikularstaat des teut-
schen Reiches.

Sie ist bürgerliche Gewalt in so fern sie
in der öffentlichen Herrschaft über alle und jede auf
einem Lande befindliche Personen und Sachen be-
steht. Aber sie ist eine bürgerliche Untergewalt,
insofern sie bloß einen Partikularstaat zum Wir-
kungskreise hat, der als Partikularstaat ein einem
höhern Ganzen untergeordneter Theil ist. Sie
ist also keine freie Gewalt, sondern steht in dem
genauesten Verhältnisse zu dem Reichsstaat, der als
Generalstaat alle die Partikularstaaten mit ihren
Beherrschern und Unterthanen in sich faßt.

Sie

Sie ist auch keine höchste Gewalt, weil sie immer nur auf ein einem Ganzen als Theil einverleibtes Land geht, und also wieder unter einer andern Superiorität steht. Endlich aber ist sie auch keine vollständige Hoheit in subjektivischer Beziehung, weil einzelne Hoheitsrechte über das Land, dem Regenten des Ganzen, dem Kaiser vorbehalten sind.

Aus diesem allen fließen zwei wesentliche Bestimmungen der Landeshoheit, die auf derselben genaues Verhältniß zum Reichsoberhaupte hinführen, und wodurch sie sich von eigentlicher Staatshoheit merklich unterscheidet. Diese Bestimmungen sind 1) die Abhängigkeit von der in des Kaisers Händen befindlichen Reichsmajestät und, 2) die kaiserliche Inhabung einzelner in der Territorialgewalt selbst begriffener Rechte.

I. Abhängigkeit der Landeshoheit vom Reichstaate, und dessen Oberherren, dem Kaiser.

Es existirt kein Reichsgrundgesetz, das die Landeshoheit ihrer Abhängigkeit von der Reichsstaatsgewalt entbände, und sie in die Sphäre einer independenten Staatshoheit erhöhe. Vielmehr finden wir sowohl in dem Westfälischen Frieden als in der Wahlkapitulation, daß alle teutsche Territorialstaaten als solche unmittelbare Bestandtheile des teutschen Reichsterritoriums von den Ständen selbst angesehen werden, die in einen höhern Staatskörper

Körper zusammen vereinigt sind. Und nirgends finden wir ein Grundgesetz, welches mit dem Satze, daß jedes teutsche Landesterritorium zum bürgerlichen Systeme des Reiches gehört, und der Reichshoheit untergeordnet ist, im Widerstreit stünde.

Daraus fließt ganz unwidersprechlich, daß kein Landesherr sich seiner Landeshoheit zum Nachtheile des gesamten Reichs bedienen kann, ohne einen Hochverrath zu begehen, daß der Landesherr im genauesten Subjektionsverhältnisse zum Reichsoberhaupt steht, und daß alle Handlungen des Landesherrn überhaupt dem Reichssysteme und Reichsinteresse untergeordnet seyn sollen.

In unsern neuern Zeiten hört man hin und wieder Publizisten von einem Föderativverhältnisse sprechen, in welchem sich die teutschen Landesherrn zum gesamten Reiche befänden. Die Zusammenvereinigung der teutschen Landesherrn unter das Reichssystem wird nach dieser Lehre des Föderalismus als bloße Conventionalbestimmung konföderirter Staaten angesehen, als eine Bestimmung, welche dieselbe unter einander nicht als Gesetz, sondern als bloße Bedingung des Verbandes, auf welchem das Reichssystem beruhen solle, vertragsweise ausgemacht hätten. So wie nun kein Monarch durch Schließung eines Bündnisses an seiner Souveränität und Hoheit das geringste verliere, so — sagen die Verfechter dieses Systems — behalte auch ein jeder der konföderirten teutschen Landesherrn eine völlige selbstständige

ständige Hoheit mit dem ganzen Inbegriff aller Majestäts- und Regierungsbefugnisse über sein Land. Die Superiorität der teutschen Fürsten wäre demnach durch die Konföderation ins Reichssystem nicht aufgehoben, sondern sie bestünde wesentlich fort. Die Reichsgrundgesetze behielten die Natur wahrer Konföderationsinstrumente, weil sie nach einer freientwillföhrlichen Verabredung entworfen wurden. Der Landesherr hätte als Konföderationsgenosse bloße Bundespflichten, der Kaiser wäre nur der Chef conföderirter Souverains, (nur primus inter pares.)

Allein dieses System des Föderalismus in Betreff des Verhältnisses der Landesherren zum Reiche, ist offenbar so ungegründet als das von der aristokratischen Staatsform des Reiches, oder von der Reichsmitregentschaft der Stände.

Unsere Reichsgrundgesetze sprechen von Unterthanen des Reichs, der Westphälische Friede und die Wahlkapitulation erkennen einen Reichsstaat an, und sprechen nirgends von einem bloßen Reichsföderalismus. Kurfürsten, Fürsten und Stände werden darinn als der Reichsmajestät untergeordnete Reichsbürger dargestellt. Es wird in denselben ein Unterschied gemacht zwischen Reichsunmittelbaren und Mittelbaren Unterthanen *) und also hiemit ein

*) I. P. O. Art. III. §. 2. Art. V. §. 29. „immediate vel „mediate Imperio *subjectis*“ W. E. XV. §. 1. W. W. „die

ein Subjektionsverhältniß, nicht aber eine Conföderation bezeichnet und angedeutet. Freie Genossenschaft ist daher das Verhältniß der teutschen Landesherren zum Reichssysteme zuverlässig nicht, und mithin müssen auch die aus diesem Conföderationsprinzip gezogene weitere Folgerungen, als auf falschen Prämissen beruhend über den Haufen fallen.

Eben deswegen ist es aber meinem geringen Ermeßen nach ein Fehler, im neuern Reichsstile, daß man sich des Wortes: Reichsverbands und Reichsverbandmäßig so häufig bedient. Die etimologische Entzifferung dieser Worte muß nothwendig auf den Föderalismus hinführen, und es wäre daher zu wünschen, daß man sich zum wenigsten lieber des Wortes: Reichsstaatsverband bedienen möchte, um alle Folgerungen aus jenen Ausdrücken auf einmal abzuschneiden.

Die teutschen Landesstaaten sind Partikularstaaten, die der obersten Gewalt des Reichsstaats, als eines sie umfassenden Generalstaats untergeordnet sind. Dieser Satz bleibt unerschütterlich, fest, so lange unsre Reichsgrundgesetze bestehen. Daraus fließt aber zunächst, daß die Pflichten der Landesherren gegen das Reichsoberhaupt keine

„die mittelbare Reichs — unterthanen. Art. XI. §. 10.
 „Wofern sich aber vergleichen bei Mediatständen, und
 „andern so dem Reich *immediat* nicht — — unter-
 „werfen.“

keine bloße konventionelle Verbindlichkeiten sind, sondern auf einem wahren Staatssubjektionsverhältnisse beruhen, und daher vom Gesez geboten sind. Insofern nun zwischen einer gesetzlichen und bloß konventionellen Verbindlichkeit immer der große Unterschied ist, daß erstere bürgerlichen Ungehorsam letztere hingegen Bundbrüchigkeit zum Korrelat haben, so ist jede Unterlassung landesherrlicher Pflichten gegen das Reich nicht eine bloße Brechung eines Allianztraktates, sondern Staatsverbrechen und folglich der Ahndung unterworfen.

Die Bestimmung, daß die Landeshoheit der Kaiserlichen Reichsmajestät unterworfen ist, und die Ausübung derselben gegen keine Reichspflicht gehen darf, ist besonders in Ansehung des landesherrlichen Rechts Territorialbündnisse zu schließen, im I. P. O. Art. 8. §. 2. ausdrücklich enthalten. Dort ist sehr bestimmt verordnet, daß dergleichen Bündnisse nicht wider den Kaiser und das Reich gerichtet seyn dürfen, auch dabei überall der Eid, womit jeder Stand dem Kaiser und Reiche zugethan ist, in Obacht behalten werden solle.

Alles das sind im Grunde bekannte Wahrheiten, die jeder in das teutsche Territorialstaatsrecht Eingeweihte kennt. Aber die eben so wichtige Wahrheit, daß ihre Befolgung einzig und allein auf Befestigung der Reichsintegrität hinführt, ist in den neuern Zeiten in eine solche Vergeßenheit gerathen, daß man nothwendig darauf aufmerksam

ma,

machen muß. Unzertrennte Anschließung der Landesherren an das Oberhaupt, der Unterbefehlshaber an ihren Oberbefehlshaber — liegt in den rechtlichen Bestimmungen der Landeshoheit, und ist also nicht bloß von der Politik geboten. Der Theil ist immer nur Theil, muß im Verhältniß zum Ganzen als Theil berücksichtigt werden, und bleibt dem Ganzen subordinirt. Reichssubordination ist es, die alle Landeshoheit von Souveränität und Eigenmacht entfernt, und derselben die schöne Richtung zu einer Gewalt giebt, deren Bestimmung keine andre ist, als unter Reichsoberhauptlicher Autorität und Lenkung zum Reichssysteme, dessen Aufrechterhaltung und Unverletzbarkeit, mit Beseitigung aller Privatrücksicht mitzuwirken.

Hauptsächlich aber muß ich hier noch bemerken, daß aus der Subordination aller landesherrlichen Regierung unter die Kaiserliche Reichsmajestät in Ansehung der mittelbaren Unterthanen noch ein wichtiger Satz fließt. Alle Territorialgerichtsstühle sind nemlich in dieser Hinsicht den höchsten Reichsgerichten untergeordnet. Vermöge der statthabenden Subordination müssen alle bei den Territorialgerichten abgeurtheilte Rechtsachen von dem sich das durch beschwert achtenden mittelbaren Unterthanen an eins der höchsten Reichsgerichte gebracht werden können. Wenn nun aber gewisse Territorialgerichte mit der Inappellabilität privilegiert sind, so ist dieß eine Ausnahme vom ordentlichen Rechtsgang, die allezeit der striktesten Auslegung unterworfen ist.

Hieraus folgt, daß von einem Territorialgerichte, das ein noch so unumschränktes Privilegium gegen die Appellation hat, dennoch wegen Wichtigkeiten, Rechtsverfügungen und Rechtsverzögerungen an die höchsten Reichsgerichte die Zuflucht genommen, und bei denselben geklagt werden kann. Das Gegentheil führte auf Souveränität der Landesherren, stritte gegen die Abhängigkeit aller Landeshoheit von der Reichsstaatsgewalt, und schloße den mittelbaren Unterthanen von aller Theilnahme am bürgerlichen Systeme des Reichs und deren Wohlthaten gänzlich aus. —

II. Kaiserliche Inhabung einzelner in der Territorialgewalt selbst liegender Rechte.

Die Kaiser entäußerten sich der ihnen über die integrierende Theile des Reiches in ältern Zeiten zugestandenen Reichsterritorialgewalt nicht auf einmal, sondern bloß successiv. Sie verklebten den Herzogen, Grafen und Reichslandeigenthümern ein Reichsregal nach dem andern erb- und eigenthümlich, aber immer hatten sie sich gewisse Hoheitsrechte vorbehalten, welche niemals durch eine Konzeßion an die nachherige Landesherren kamen. Diese kaiserliche Hoheitsrechte auf den sämtlichen einzelnen Territorien der deutschen Lande kann man nun füglich kaiserliche Reservatrechte nennen, weil sie auf dem Faktum eines Vorbehalts beruhen.

Diese kaiserlichen Reservatrechte sind aber haupt-

hauptsächlich eine von den Bestimmungen, die auf das genaue Verhältniß der landesherrlichen Gewalt zum Reichsoberhaupte hinführen. Die Kaiserliche Konkurrenz und die ausschließlichen Majestätsgerechtsamen des Oberhauptes in den einzelnen Territorien sind, so zu sagen, das Band, wodurch jeder teutsche Partikularstaat in näherer Verbindung mit dem Reichsoberhaupte steht, und woran deutlich zu sehen ist, daß der Landesherr keine unumschränkte Staatshoheit hat. Aber es gebührt denselben auch um so mehr Achtung, als sie wahre Ueberbleibsel der alten Reichsterritorialgewalt des Kaisers sind, denen von den Territorialherrn volle Wirksamkeit gelassen werden muß, weil im Gegentheile der Reichsmajestät offenbar zu nahe getreten würde.

* * *

Ich glaube durch das bisherige gezeigt zu haben, was Reichsunmittelbarkeit, Reichsstandschaft und Landeshoheit nach ihren gesetzlichen Hauptbestimmungen sind. Offenbar führt der Geist dieser Bestimmungen auf Unzertrennbarkeit der unmittelbaren Reichsglieder vom Reichsoberhaupte, auf immer nähere reellere Anschließung und Hingebung an dasselbe. Offenbar ist also diese nähere Anschließung an das Reichsoberhaupt zum Behufe künftiger Reichsintegrität nicht bloß politisch, sondern auch rechtlich nothwendig, d. h. in den Gesetzen gegründet. Diese nähere Anschließung besteht auch
 of

offenbar nicht in einer Neuerung sondern bloß darin, daß Kaiserliche Rechte, die man bisher bestritt oder nicht anerkennen wollte, nunmehr anerkannt werden, und auf diese Art das Verhältniß des Reichsoberhauptes zu den Ständen fester und zusammenhängender als zuvor — wohlthätige Wirkungen für Einheit und Integrität des Reiches verbreite. —

Und nun — ich schließe.

Doch sey es mir hier erlaubt, den Empfindungen freien Lauf zu lassen, von denen sich das Herz bei den bisherigen dogmatischen Diskussionen durchdrungen fühlte. Ich bin Mensch, — kann mein Gefühl nicht verläugnen, und sehe mich erleichtert bei den Ergießung desselben.

Es war schneidend für eine teutsche Brust, mit anzusehen, wie bisher Verachtung und Mißbeherzigung jener Wahrheiten das teutsche Vaterland nach und nach immer mehr erschüttert, und zuletzt in den jezigen hartnäckigen Kampf zwischen Seyn und Vergehen gestürzt, an den Rand des Abgrunds geschleudert hat. Es war schneidend für ein teutsches Herz mit anzusehen, wie aller Gemeingeist und aller Patriotismus erlosch, und Teutschland unter seinen Namen gestürzt wurde. Und es war Radstoß — mit anzusehn, wie die Geseze ungeschont verletzt, und die heiligsten Bande, die an das Oberhaupt knüpften, durch die Sirenentriller erfin-

erfinderischer Intriguen schlaff gemacht wurden, daß es zuletzt dahin kam, wo wir jetzt sind. — Deutsche! Weß ist die Schuld, wenn jetzt von Deutschlands geographischem Umfange abgerissen, und die Integrität geschändet wird. Des Oberhauptes warlich nicht! That doch dieses allein, und längst verlassen von Teutschland, alles, was der Rest seiner Kräfte vermochte! — Dem Blute erschlagener Oesterreicher haben die Staaten jenseits des Rheinstroms gelegen, es zu danken, wenn sie jetzt nicht auch umgewühlt werden, wo Staatenunwühlung gleich einer um sich greifenden Flamme ganze Nationen verzehrt. Möchte doch nicht auch Undank die Deutschen noch entehren! Noch that für Teutschland kein Kaiser, was dieser that. Gewiß! Ihm wäre ein leichtes gewesen, Teutschland Preis zu geben — für andre Staaten, denn seiner Verbindlichkeit gegen Teutschland war er loos, als teutsche Treue und teutscher Muth gewichen war. Gesunkene Söhne Teutschlands! Dankt es dem Oberhaupte mit Rührung daß Ein Theil, daß der größte Theil noch gerettet ist. Wenn jetzt der andere Theil zum Opfer wird, spricht, wenn trifft die Imputation? Zurück fällt die Schuld auf das mit der Landeshobelt entstandene Scissionsystem, das Deutsche mit Teutschland Unzucht treiben, das die Hände von Scheintugend zu der Befleckung sich führen läßt, und das der wahre Deutsche haßen muß, „haßen — wie den Wurm des „Paradieses, der den ersten falschen Wurf in die „Schöpfung that, worunter schon das fünfte Jahrtausend blutet.“

Nicht

Nicht dringende Ermahnungen, nicht väterliche Aufforderungen des Opfer auf Opfer darbringenden Oberhauptes vermochten die Befolgung der an den Reichsstaat kettenden Gesetze patriotischer Unzertrennlichkeit und Einigkeit zu bewirken. Es war dieß der jezigen Wunde vorbehalten. Wohlar! so müsse dann Deutschlands Integrität für die Zukunft gesichert seyn durch bessere reellere Zusammenvereinigung der Reichsglieder unter ihr gemeinschaftliches Oberhaupt, und auf dieser, als auf einem unerschütterliche Grunde stehen! —

„Zerstücket den Donner in seine einfachen Silben,
 „und nicht einmal Kinder werdet ihr mit schrecken
 „können. Schmelzt sie zusammen in Einen Schall,
 „und der majestätische Lauf wird Himmel und Erde
 „bewegen.“

Löset die Bande auf, die an das Oberhaupt knüpfen, und der kleinsten Macht ist es leicht — euch zu zernichten. Knüpft sie enger und fester mit patriotischem Muth, und zitternd stürzen Nationen wieder vor eurer Macht, die kein Feind zu Boden werfen kann, so lange nicht Cherubim unter ihm dienen!

X
Sept. 84



